

Haushalt 2020 incl. Haushaltsplanung für die Jahre 2021 bis 2023 der Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Sander,
meine sehr verehrten Damen und Herren Ratsmitglieder,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wenn am 13. September, also in etwa siebeneinhalb Monaten die Bürgerinnen und Bürger von Neunkirchen-Seelscheid über die Arbeit von Bürgermeisterin und Gemeinderat nachdenken und neu darüber abstimmen, wem sie in den weiteren fünf Jahren die Verantwortung für die Gemeindeverwaltung und die weitere Entwicklung ihrer Gemeinde anvertrauen wollen, dann ist eine wesentliche Hilfe für diese Wahlentscheidung auch der Haushaltsplan 2020 mit seinen Folgeplänen für die Jahre 2021, 2022 und 2023.

Und genau darüber gilt es, heute zu entscheiden.

Vorab will ich die Punkte nennen, die als Ausgangslage für die Finanzplanung ab 2020 wichtig zu wissen sind.

1. Der Haushaltsplan 2020 ist ausgeglichen.
2. Die Einnahmen und Ausgaben liegen bei rd. 48,5 Mio. EURO.
3. Die leider immer noch gewaltige Gesamtverschuldung liegt bei rd. 96 Mio. EURO.
4. Rekommunalisierung der Gemeindewerke

Seit dem 01.01.2019 gibt es keine Trennung mehr zwischen der Gemeinde und den Gemeindewerken. Die Werke werden aus Kostengründen wieder mit der Gemeinde zusammengeführt. Dass durch eine Trennung nur unnötige Mehrkosten entstehen würden, das hat die SPD-Fraktion schon bei der damaligen Separierung der Gemeindewerke deutlich gemacht.

Für CDU und FDP waren schon damals diese Mehrkosten unwichtig!

Wichtiger war für sie zum Beispiel, dass der Gemeindehaushalt rein rechnerisch um die Kanalbau-Kredite entlastet wurde.

Wir hätten schon gerne gewusst, was dieser „AöR-Werke-Ausflug“¹ seit Gründung der AöR die Gemeinde so alles unnötigerweise gekostet hat.

Aber das wollen CDU und FDP aus nachvollziehbaren Gründen nicht wissen.

5. Stärkungspakt NRW ab 2012

Warum die Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid im Jahr 2011 finanziell am Ende war, und wer dafür verantwortlich war, das habe ich in den bisherigen Haushaltsreden oft genug beschrieben.

Fakt bleibt, dass wir uns in dem äußerst engen Rahmen dieses kommunalen Insolvenzverfahrens nur mithilfe des Landes und in Absprache mit der Bezirksregierung Köln finanziell bewegen können.

Nichts darf seit 2012 ohne deren Zustimmung laufen!

Sowohl die Ratsbeschlüsse zur Höhe der Gemeindesteuern, wie auch alle Ausgaben und damit auch alle Investitionen bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

¹ Gemeindewerke Neunkirchen-Seelscheid – Technische Betriebe und Einrichtungen – Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)

Lediglich die Kosten für die Pflichtaufgaben der Gemeinde werden akzeptiert; freiwillige Aufgaben wurden fast ganz gestrichen; der kleine, verbliebene Rest wird mehr als kritisch gesehen. Das Land unterstützt aus diesem Stärkungspakt die Gemeinde bis einschl. 2020 mit insgesamt ca. 9 Mio. EURO.

Man fragt sich zu Recht, ob die für diese Finanzmisere Verantwortlichen denn aus ihren Fehlern gelernt haben? Aus meiner Sicht ist die Antwort ganz klar: NEIN!

Beispiel: unnötige Sportplatzplanungen

Unter die Decke gekehrt haben wollen CDU und FDP ihre Forderung nach Planung eines auf einem viel zu kleinen Grundstück in der Wasserschutzzone 2 baulich unmöglichen Sportplatzes in Neunkirchen-Süd zwischen LIDL und Wolperath. Dafür wurden über 70.000 EURO aus dem Fenster geworfen.

Ähnlich hoch werden die ebenfalls verlorenen Planungskosten für den unnötigen Neubau des bestehenden Sportplatzes Höfferhof sein – doch dazu nachher mehr!

Meine Damen und Herren,

kommen wir jetzt zu den Ansätzen und Maßnahmen, die für 2020 bis 2023 kommunalpolitisch wesentlich sind:

ISEK²

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der Bürgermeisterin Nicole Sander lag im Akquirieren von Fördermitteln von Land und Bund!

Denn Investitionen sind im Stärkungspakt nur dann möglich, wenn sie entweder zu den Pflichtaufgaben der Gemeinde zählen oder wenn sie die Bilanz der Gemeinde verbessern. Und darum blieb die Bürgermeisterin in den Gesprächen mit der Bezirksregierung äußerst hartnäckig und konnte so erreichen, dass das Land einige, für die Gemeinde wichtige Bau-Maßnahmen mit 70% und auch höher fördert.

Alle diese Fördermaßnahmen schlagen in der Bilanz pur positiv zu Buche und sorgen mit dafür, dass die Gemeinde ab 2022 wieder ohne die Finanzaufsicht des Landes NRW arbeiten kann.

Im Rahmen des ISEK handelt es sich derzeit um folgende, bereits mit dem Fördergeber abgesprochene Planungen und Maßnahmen:

- Aufwertungsmaßnahmen Zeithstraße in Seelscheid.
- Platzgestaltung vor dem EDEKA-Markt in Seelscheid.
- Fußläufige Verbindung zwischen Zeithstraße und Josef-Lascheid-Platz.
- Gestalterische Aufwertung "Markt" in Neunkirchen.
- Aufwertungsmaßnahmen Hauptstraße (zw. ZOB und Rathaus) in Neunkirchen.
- Gestalterische Aufwertung Außenbereich Grundschule in Neunkirchen.
- Umbau Schulhof Gesamtschule zu Multifunktionsfläche in Neunkirchen.
- Gestalterische Aufwertung im Bereich Buswendeanlage ZOB.
- Gestalterische Aufwertung Vorzone Rathaus in Neunkirchen
- Profilierung und Standortaufwertung durch das Fassadenprogramm.
- KulTurnhalle an der Grundschule "Am Wenigerbach" - inkl. Außenanlagen in Seelscheid.
- Selbstlernzentrum im Schulzentrum Neunkirchen, einschl. Jugendzentrum in Neunkirchen.

² Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept

Weitere für die Gemeinde wichtige Maßnahmen werden mit dem Fördergeber noch zu besprechen sein.

Dass die FDP aus mir absolut unverständlichen Gründen gegen die ISEK-Förderung nach wie vor vehement Stimmung macht und dass die CDU als erste Maßnahme die Sanierung des AK-Altbaus durchsetzen wollte, obwohl der Fördergeber das nicht mitgemacht hätte, das ist bekannt.

Und die Seelscheider haben auch zur Kenntnis genommen, dass die CDU-AK-Forderung voll zulasten der für Seelscheid vorgeschlagenen Maßnahmen gegangen wäre. Aber das sei nur am Rande erwähnt.

REGIONALE 2025

Auch für Maßnahmen aus diesem NRW-Förderprogramm hat sich die Bürgermeisterin intensiv eingesetzt!

Erste Ansätze betreffen dabei die Förderung bzw. die von allen Ratsmitgliedern gewünschte Sanierung des AK-Alttraktes³ und den sogenannten RHIC⁴.

Zu diesen Themen ist auf der Internetseite der Gemeinde vieles nachzulesen. Auch die örtliche Presse hat hierüber berichtet. Ich kann mir daher hier und jetzt weitere Erläuterungen sparen. Das gilt auch für die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum / Stichwort: Gesundheitsregion, was als ein sehr wichtiges Thema von der Bürgermeisterin forciert wird.

Kindertageseinrichtungen

Jedes Kind hat ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz und ab dem vollendeten 3. Lebensjahr einen Anspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung (KiTa).

Dass die KiTas – was ihren Bau, ihre Unterhaltung und ihren Betrieb angeht – grundsätzlich in der alleinigen Zuständigkeit und Verantwortung des Landrates bzw. des Kreisjugendamtes liegen, das ist hier in der Gemeinde ja auch bekannt.

Da die damit einhergehenden Probleme aber immer die Jüngsten in der Gemeinde treffen, und damit auch ihre Eltern, sorgt sich die Bürgermeisterin trotz dieser Unzuständigkeit sehr um die Lösung der Probleme. Ihr Engagement ermöglichte so z.B. auch die weitere zwingend notwendige KiTa im Bereich Eischeid.

Das ist nicht nur erwähnenswert, hierfür möchte ich ihr auch im Namen der gesamten SPD-Fraktion sehr herzlich DANKE sagen.

Schulen - insbesondere „Digitalpakt“ und „Gute Schule 2020“

Auch hierzu wurden von der Bürgermeisterin Fördermittel für die notwendigen Investitionen beantragt, die auch vom Land NRW schon bewilligt worden sind!

Aus dem Programm „Gute Schule 2020“ sind erkleckliche 980.192 EURO und aus dem Bundesförderprogramm „Digitalpakt“ in Kooperation mit „Gute Schule 2020“ weitere 476.143 EURO vereinnahmt worden.

Und nochmal sei deutlich angemerkt: Die immer noch in Finanznot steckende Gemeinde ist nur durch diese Förderung in der Lage, die Schulen digital auszurüsten und damit zukunftsfähig zu machen.

Gesamtschule (Selbstlernzentrum)

Ein ganz wesentlicher und brotnötiger Investitionsschwerpunkt ergibt sich durch das derzeitige „Aufwachsen“ der letzten Klassen bis hin zum Abitur. Weitere Räume für die Gesamtschule sind **zwingend und sofort** herzurichten.

³ Antoniuskolleg (AK)

⁴ Regionaler Hochschul Innovations Campus

Hierzu dient der Neubau eines sogenannten Selbstlernzentrums auf dem Gelände der Gesamtschule. Auch für dieses Projekt muss und wird es eine Landesförderung geben, weil die Gemeinde die Kosten nicht alleine finanzieren kann.

Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass CDU und FDP die Notwendigkeit für das Selbstlernzentrum zwar eingesehen haben, aber die dafür vorzulegende Planung mit für mich absolut unverständlichen Forderungen torpedierten.

CDU/FDP waren dagegen, dieses Selbstlernzentrum gegenüber dem Aula-Ausgang der Gesamtschule im Bereich des Kleinspiel-Sportfeldes an der Walzenrather Straße zu errichten. Sie forderten, zuerst die marode Turnhalle abzureißen und danach dort (d.h. an der Stelle dieser alten Turnhalle) das Selbstlernzentrum zu bauen.

Auch CDU und FDP war bewusst, dass Grund- und Gesamtschule diese Turnhalle permanent brauchen.

Gleichzeitig zur Abrissforderung fordern sie trotzdem ein Gutachten darüber, ob diese alte Turnhalle wirklich marode sein würde, um dann über eine wahrscheinlich viel teurere Grundsanierung dieser alten Turnhalle nachdenken zu können. Dass das schon widersinnig ist, wollten sie aber partout nicht erkennen. Diese Paradoxie wurde durch die CDU aber leider noch gesteigert: Sie forderten doch tatsächlich, vor dem Bau des Selbstlernzentrums erst den Ersatzbau für die Turnhalle mit Fördermitteln zu errichten. CDU und FDP wollten nicht verstehen, dass eine Turnhallenförderung aufgrund des dafür nötigen, zeitlichen Vorlaufs aber gar nicht zu erwarten ist. Ich frage mich ernsthaft: Was bezwecken diese beiden Parteien mit ihren unbegreiflichen Forderungen?

Ich selbst kann nur einen Grund erkennen: CDU und FDP wollen im Wahljahr Stimmung gegen die Bürgermeisterin machen!

Sie wollten den Bau des Selbstlernzentrums bewusst verzögern, um die schlimmen Folgen im jetzt anlaufenden Wahljahr der Bürgermeisterin anhängen zu können.

Dass dies auf Kosten der Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule geht, das ist für sie absolut unwichtig! Fakt bleibt: Das Selbstlernzentrum muss jetzt unverzüglich gebaut werden, damit die Abiturklassen untergebracht werden können.

Darüber wird nachher auch abgestimmt.

Meine Damen und Herren, kommen wir jetzt zum Themenkomplex Sportplätze und -hallen

Höfferhof

Sie erinnern sich: In der Vorlage zu Tagesordnungspunkt 10 - Erlass einer Hebesatzung – in der Ratssitzung im November war nachzulesen, dass auf Betreiben von CDU und FDP die Grundsteuern A und B für 2020 um jeweils 10 Punkte angehoben wurden, um den aus unserer Sicht absolut unnötigen Neubau des Sportplatzes Höfferhof finanzieren zu können.

CDU und FDP präferieren bekanntlich immer noch einen Neubau des bestehenden Sportplatzes in Neunkirchen an der Höfferhofer Straße für derzeit geschätzt rd. 2 Mio. EURO. Ob diese 2 Mio. EURO letztlich überhaupt ausreichen würden, kann niemand beantworten.

CDU und FDP hatten vorgeschlagen, diesen Neubau über Steuererhöhungen zu finanzieren. Wissen sollte man auch, dass bei diesem CDU/FDP-Vorschlag das am Platzrand liegende marode Sportlerheim unsaniert bleiben sollte.

Zudem können auf dem eng umbauten, kleinen Areal keine weiteren Parkplätze und auch kein Lärmschutz für die Anlieger realisiert werden.

Außerdem wird mit dem Vorschlag von CDU/FDP kein weiterer, zusätzlicher Leichtathletikplatz – so, wie es die Sportvereine wollen – zur Verfügung stehen können.

Wissen muss man auch, dass die Schulaufsichtsbehörde (Regierungspräsidium Köln) den bestehenden Schulsportplatz Höfferhof für den Schulbetrieb von Grund- und Gesamtschule im derzeitigen Bestand für voll und ganz ausreichend hält.

Aus allen diesen Gründen waren und bleiben SPD, GRÜNE und WfNkS gegen den Vorschlag von CDU und FDP. Wir sind dafür, den Sportplatz Höfferhof im Bestand zu erhalten und ihn da, wo es notwendig und sinnvoll ist, zu verbessern.

Insbesondere muss das Sportlerheim im Bestand verbessert bzw. saniert werden.

Wir haben dafür gesorgt, dass im Jahr 2020 die von CDU und FDP bereits fest eingeplante Grundsteuererhöhung nicht erfolgt! In der Ratssitzung wurde auf unseren Antrag hin die Grundsteuer-Anhebung um jeweils 10 Punkte verhindert, was letztlich jedem in Neunkirchen-Seelscheid zugutekommt. CDU und FDP blieben bei ihrer Forderung. Dass letztlich die Grundsteuern im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr leider immer um noch um 18 Punkte erhöht werden müssen, das resultiert bekannterweise aus den acht Jahre alten Beschlüssen zum Insolvenzverfahren „Stärkungspakt NRW“.

Meine Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

an dieser Stelle darf ich daran erinnern, dass die SPD-Fraktion im Haushalt 2020 über den Entwurf hinaus folgende Punkte berücksichtigt haben möchte:

- *Die Realisierung der Sanierungswünsche des TVN bezüglich der Mehrzweckhalle Neunkirchen soll fest eingeplant werden.*
- *Für den Ausbau der schon vor Jahren örtlich vorbereiteten Leichtathletikanlage in Breitscheid sollen Planungskosten eingestellt werden, damit im jetzt laufenden Jahr sofort auf mögliche Förderangebote des Landes reagiert und der ggf. notwendige Antrag sofort gestellt werden kann.*

In Anbetracht der bislang leider viel zu oft kontrovers behandelten Wünsche des Gemeindefortsportbundes und der Sportvereine müssen diese Maßnahmen in der jetzigen Ratssitzung endlich positiv beschlossen werden.

Diese Maßnahmen sollen dazu dienen, zusätzlich zu den im Haushaltsplanentwurf 2020 schon enthaltenen Bauvorhaben für Sporthallen, die für unser Gemeinwesen so wichtige Arbeit unserer Sportvereine weiter zu verbessern und ihr Engagement zu unterstützen.

Sowohl die marode Einfachturnhalle im Schulbereich Neunkirchen, wie auch die ebenfalls marode Einfachturnhalle an der Grundschule Seelscheid, sollen mit Fördermitteln des Landes ab 2021 neu gebaut werden.

Feuerwehr und Gemeindefortswasserwerk

Es sei nur am Rande vermerkt: CDU und FDP wollten den für Neunkirchen brotnötigen Feuerwehrneubau verzögern. Mehrere nicht bebaubare Weidegrundstücke der katholischen Kirche hielten sie für geeigneter, als die seit Jahren dafür vorgesehene und wegen ihrer perfekten, zentralen Lage für Feuerwehreinsätze gut geeignete Fläche unterhalb des Thurn-Geländes. Fakt ist Gott sei Dank: Die Ausführungsplanung liegt jetzt vor, bei der folgende Kosten genannt sind:

| | |
|---------------------------|----------------|
| Feuerwehr – Gesamtkosten | 7.022.000 EURO |
| Wasserwerk – Gesamtkosten | 2.121.000 EURO |
| gemeinsame Nutzung | 44.300 EURO |
| zusammen sind das | 9.187.400 EURO |

Sobald die Baugenehmigung vorliegt, kann ausgeschrieben und danach gebaut werden.

Leider werden die Baukosten für den Feuerwehrneubau nicht gefördert, sie sind also zu 100% von der Gemeinde zu bezahlen.

Gleiches gilt leider auch für die Erweiterung des Seelscheider Feuerwehrhauses.

Für die Geldbörsen unserer Bürgerinnen und Bürger sind auch deshalb die für 2020 schon beschlossenen Grund- und Gewerbesteuern sehr wichtig:

Ich muss es leider wiederholen, denn Fakt bleibt auch hier: Die schmerzlichen Real-Steuererhebungen wurden schon vor über 8 Jahren im Rahmen des Stärkungspaktes NRW festgeschrieben.

An diesen Steuererhöhungen führte und führt kein Weg vorbei.

Die 2014 gewählte Bürgermeisterin dafür verantwortlich zu machen, ist deshalb absolut falsch.

Die Grundsteuern A und B mussten in 2020 zwingend um jeweils 18 Punkte angehoben werden.

Aber die im Satzungs-Entwurf am 26.11.2019 schon eingeplante, weitere Erhöhung um 10 Punkte für den von CDU und FDP geforderten, völlig unnötigen Neubau des Schulsportplatzes Höfferhof haben wir zusammen mit den GRÜNEN und WfNKS in der letzten Ratssitzung zurückgenommen.

Integrationspauschale und AsylbLG⁵ - fehlende Gelder

Vergessen werden darf auch nicht, was die CDU/FDP-Regierung des Landes NRW unserer bekanntlich hochverschuldeten kleinen Gemeinde an erheblichen Geldmitteln vorenthält:

Die Integrationspauschale in Höhe von 180.000 €, die trotz Zusagen ab 2020 einfach nicht mehr überwiesen wird und auch die ca. 2 Mio. €, die seit 2016 nach dem AsylbLG der Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid zustehen!

Das Land NRW gibt die vom Bund erhaltenen Gelder trotz Zusage partout nicht an die Gemeinde weiter! Das ist in meinen Augen mehr nur eine Frechheit.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir jetzt bitte auch noch ein paar Anmerkungen zu den Haushaltsanträgen der FDP.

Diese FDP quält die Bürgermeisterin und damit die gesamte Verwaltung jetzt im Wahljahr mit einer inflationären Beantragung von Sperrvermerken.

Ganz offensichtlich hat diese Partei vor, damit die kleine Verwaltung lahmzulegen.

Wie kann man eine bekannt unterbesetzte Verwaltung nur aus billiger politischer Effekthascherei so mit unnötiger Arbeit überhäufen?

Das ist mehr als unverschämt! Auch deshalb bin ich mir sicher:

Die Wählerschaft wird am 13. September auch für ein solches Verhalten kein Verständnis aufbringen.

Meine Damen und Herren,

In Anbetracht der Tatsache, dass der Entwurf des Haushaltsplanes **867 Seiten** umfasst, gäbe es heute sicherlich noch viel mehr anzumerken, als das, was ich Ihnen heute vorgetragen habe.

Allen ist bekannt, dass es hier im Gemeinderat keine verlässliche Ratsmehrheit für Bürgermeisterin Nicole Sander gibt.

Das kann und wird sich bis zur Wahl am 13. September auch nicht ändern.

Und damit sich das ändert, waren und bleiben der SPD-Fraktion in dem äußerst engen Finanzkorsett des Stärkungspaktes die Weichenstellungen im Sport-Bereich (Stichworte: Höfferhof, Breitscheid, Sporthallen) und insbesondere die finanziell äußerst positiven Fördermaß-

⁵ Asylbewerberleistungsgesetz

nahmen im Bereich der Infrastruktur (Stichworte: ISEK, AK, Gesamtschule, KulTurnhalle u.a.) besonders wichtig.

Bei der Wahl im September kann somit die Bürgerschaft auch darüber abstimmen, ob z.B. rd. 2 Mio. EURO für den Neuaufbau eines bestehenden Sportplatzes (Höfferhof) voll zulasten der Gemeinde ausgegeben werden, oder ob der sinnvolle Neubau eines zusätzlichen, nach Möglichkeit geförderten Leichtathletikplatzes auf dem bereits dafür vorbereiteten Grundstücksteil an der Sportanlage bei Breitscheid im nächsten Jahr eingeplant wird.

Und dass meine Fraktion sich für den sofortigen Bau des geförderten Selbstlernzentrums für die Gesamtschule und für die brotnötigen Feuerwehrneubauten einsetzt, will ich an dieser Stelle abschließend auch nochmals besonders erwähnen.

Für die zurückliegende Ratsperiode (seit Mai 2014) kann ich für meine Fraktion voller Stolz sowie mit Fug und Recht berichten:

Wir haben alles unternommen, damit das kommunale Insolvenzverfahren, der inzwischen so bekannte Stärkungspakt NRW, im nächsten Jahr erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Wir haben eine weitere übermäßige Verschuldung der Gemeinde trotz Gegenwind von CDU und FDP nicht zugelassen.

Darüber hinaus haben wir mit engagierter Hilfe der Bürgermeisterin die zwingend notwendige Zukunftsfähigkeit der Gemeinde immer im Blick gehabt.

Mit hohen Landeszuschüssen sind etliche wichtige Investitionen, die auch bilanziell äußerst positiv sind, finanzierbar und damit möglich geworden.

Diesen erfolgreichen Weg wollen wir auch nach der Wahl weitergehen.

Am 13. September können also alle, die ihr Häkchen bei der SPD machen, sicher sein, dass sie damit auch die erfolgreiche Arbeit von Nicole Sander stärken werden.

Und sie können sicher sein, dass für alle Investitionen zugunsten der Gemeinde auch weiterhin Landes- bzw. Bundesfördermittel beantragt werden.

Wir werden dem Haushalt 2020, der sich leider auch bei den schmerzhaften Steuererhöhungen voll an die vor acht Jahren festgelegten Bestimmungen des Stärkungspaktes halten musste, zustimmen.

Ich danke der Bürgermeisterin und ihrer kleinen Verwaltung für den engagierten Einsatz zum Vorteil der Gemeinde.

Dem Kämmerer und seiner Mannschaft danke ich für die Sisyphus-Arbeit bei der Aufstellung des Haushaltsplanes!

Und Ihnen danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Peter Schmitz - SPD-Fraktionsvorsitzender